

„JÜDISCHE STIMME FÜR GERECHTEN FRIEDEN IN NAHOST“ (Österreich)

ERKLÄRUNG

Kontakt: e-mail: nahostfriede@gmx.at / <http://www.nahostfriede.at>

Wir wenden uns an alle Menschen, unabhängig von Konfession und politischer Richtung an, die für einen gerechten Frieden in Nahost eintreten. "Jede Stimme" ist uns zur Mitarbeit willkommen. Eine Lehre aus dem Holocaust ist für uns, angesichts des geschehenen Unrechts und Verbrechens nicht zu schweigen. Deswegen und aus Besorgnis um die Zukunft der palästinensische Bevölkerung und Israels haben wir uns zusammengeschlossen. Wir verurteilen die schon seit 1967 andauernde Besetzung der palästinensischen Gebiete. Darüber hinaus teilen wir auch die Sorge der Mehrheit der EU-Bürger, von denen, laut einer EU-Umfrage schon 2005, 59% der Befragten Israels Politik für eine der größten Bedrohungen des Weltfriedens halten.

Israels Krieg gegen den Libanon im Sommer 2006 ist das jüngste Beispiel dafür. Schon 1982 hatte Israels weite Teile des Libanons zerstört, damals 15.000 bis 20.000 Libanesen und Palästinenser getötet und das Land bis zum Jahr 2000 besetzt gehalten. Im jetzigen schon seit einem Jahr vorbereiteten Krieg hat Israel nun wieder einen Großteil der Infrastruktur des Libanons zerstört, dabei über 1.000 Menschen getötet, 2/3 davon Zivilisten, eine Million Streubomben abgeworfen und eine verheerende Ökatastrophe im Mittelmeer verursacht. Es hat diesen Krieg mit Unterstützung bzw. im Interesse der US-Regierung und auch im eigenen Interesse geführt, um die Souveränität des Libanons zu zerschlagen und aus dem Libanon einen abhängigen Vasallenstaat zu machen. So sollen somit auch die US-Pläne für eine Neugestaltung des „Mittleren Ostens“ – mit der Zerschlagung der Hisbollah, der Schwächung des Irans und Syriens – umgesetzt werden. Die Umsetzung dieser Pläne war ein Fehlschlag. Und nun soll die Welt, d.h. wir alle, von unseren Steuern wiederum, wie in Gaza und Westjordanland, in Milliarden Euro Höhe für den Wiederaufbau all dessen zahlen, was Israel diesmal im Libanon zerstört hat.

Israels neuer Krieg gegen Libanon ebenso wie die noch weitere Verschärfung seiner kriegerischen Unterdrückung der Palästinenser sät weiter Ablehnung, Hass und Gewalt in der arabischen Welt. Die menschenverachtende Haltung der scheinbar so überlegenen Militärmacht Israels gegenüber der Zivilbevölkerung, die „weggebombt“ wird und wo alles zerstört wird, diese Politik macht die Aussicht auf Frieden immer unwahrscheinlicher.

Israel ist die aggressive, expansionistische imperiale Macht im Nahen Osten. Israel, die 4.stärkste Militärmacht der Welt und der Welt 3.größter Waffenexporteur, missbraucht dazu den Holocaust für seine 39 Jahre lang andauernde Unterdrückungspolitik gegenüber den Palästinensern, ebenso wie für seine Gewaltpolitik gegenüber seinen Nachbarn. Bezugnehmend auf die sechs Millionen Opfer des Holocausts wird das historisch verständliche Sicherheitsbedürfnis der jüdischen Bevölkerung schamlos missbraucht, um den Landraub und die Gewaltpolitik zu rechtfertigen. Gerade auch in Europa verwendet die offizielle israelische Politik den Vorwurf des Antisemitismus als Vorwand, um zu versuchen, Kritik an ihrer Unrechtspolitik zum Schweigen zu bringen.

Die große Mehrheit der Menschen in Europa will, dass sowohl die jüdische als auch die palästinensische Bevölkerung in Frieden und Sicherheit leben kann. Doch mehr und mehr Menschen in ganz Europa und auch in Österreich, die sich gegen jede Form des Rassismus und Antisemitismus wenden, lehnen die israelische Besatzungspolitik gegenüber den Palästinensern ab und erheben ihre Stimme dagegen.

Unsere Gruppe ist, wie unsere 18 Schwesterorganisationen in 11 westeuropäischen Ländern, ein Beweis dafür, dass auch keineswegs alle Menschen jüdischer Herkunft die gegenwärtige Politik der israelischen Regierung unterstützen, wie es die meisten offiziellen Vertreter der jüdischen Gemeinden Europas jedoch lautstark tun. Weder sie noch Israels Regierung, die vorgibt, alle Juden der Welt zu vertreten, haben das Recht im Namen aller Jüdinnen und Juden zu sprechen.

Ihnen halten wir entgegen: Nicht in unserem Namen!

Der von der UNO Generalversammlung mit 144 zu 4 Stimmen als völkerrechtswidrig abgelehnte Verlauf des israelischen Mauerbaus auf palästinensischem Gebiet wird 15% des Westjordanlandes, Heimat von 275.000 Palästinensern, von Palästina abschneiden und auf Israels Seite bringen. Laut UNO wird die Mauer 680.000 Palästinenser von ihrer Heimat trennen. Der immer weitere Ausbau der israelischen Siedlungen auf palästinensischem Gebiet, es leben dort schon ca. 460.000 Menschen, soll letztlich zur Annexion der wichtigsten Landstriche der besetzten Gebiete führen, mit der Absicht, den Palästinensern die

Lebensgrundlage zu entziehen, sie wenn möglich zu vertreiben bzw. sonst unter gefängnisähnlichen Bedingungen dahingevegetieren zu lassen. Dieser Ausbau spricht allen Behauptungen Hohn, dass Israels Machthaber mit den Palästinensern Frieden schließen und ihnen einen Staat zugestehen wollen. Israel missachtet seit Jahrzehnten internationales Recht, wie z.B. die Genfer Konvention, die Universal-Erklärung der Menschenrechte und hat seit 1947 alle UN-Resolutionen, die seine Politik gegenüber den Palästinensern betrifft, ignoriert.

Seit der Staatsgründung gibt es die Pläne für ein „Groß-Israel“, das hieße die völlige Vertreibung der Palästinenser und diese Pläne werden durch den Ausbau der Siedlungen immer weiter vorangetrieben. Ein Ex-General, Chef der nationalreligiösen Partei und früherer Regierungsmitglied, meinte 2002, dass die Vertreibung aller Palästinenser verlockend aber nur unter Kriegsbedingungen durchführbar sei. In den letzten Jahren werden diese Stimmen offener, die sich für eine „ethnische Säuberung“ der Palästinenser aus den besetzten Gebieten aussprechen, ebenso wie verlangt wird, dass die arabischen Staatsbürger Israels das Land verlassen sollen. Diese Pläne vertreten bestimmte Gruppierungen in der israelischen Politik. Aber welche Partei auch immer in Israel die Regierung stellt, die Verletzung bzw. Tötung der Palästinenser, Landenteignung, Häuserzerstörung, Baumentwurzeln, die Vorenthaltung jeglicher Menschen-, Bürger- bzw. politischer Rechte, die Einkerkerng der Menschen (seit 1967 waren 25% der Palästinenser, das sind ca. 650 000 Menschen, schon einmal im Gefängnis), die Zerstörung ihrer sämtlichen nationalen und öffentlichen Institutionen und ihrer Infrastruktur und die absichtliche und systematische Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen wird weiter betrieben. Der Zweck dieser Politik des Staatsterrorismus ist die Kolonisierung des Westjordanlandes.

Es ging und geht Israels Mächtigen nicht um Frieden sondern um Annexion von Land!

Mitte der 90-er Jahre wollte die Mehrheit der israelischen Bevölkerung Friedensgespräche und war auch für den Abzug der Siedler. Doch für die führenden israelischen Politiker-Generäle (Barak u. Sharon), kam das nicht in Frage. Es galt Bedingungen zu schaffen, mit der Siedlungspolitik fortfahren zu können und die Bevölkerung dafür zu gewinnen. Pläne zur Zerschlagung der Strukturen der Palästinenser und zur Vertreibung Arafats gab es schon seit 1996. Seit Oktober 2000 diskutierten israelische Militärkreise wieder offen Pläne, die völlige militärische Kontrolle über die Palästinensergebiete zu übernehmen und die Westbank in viele isolierte Zellen aufzuteilen. Das war einen Monat vor dem Wiederaufflammen der palästinensischen Terroranschläge an israelischen Zivilisten. (03.11.2000). Das heißt, die Wiederbesetzung der Gebiete war von langer Hand geplant und keineswegs wie behauptet Vergeltungsmaßnahme als Reaktion auf Anschläge der Palästinenser!

Ein Beratergremium des US-Verteidigungsministeriums hat Israel schon im Jahre 2000 empfohlen, die PLO als Gesprächspartner abzulehnen, Arafat zu demontieren und im übrigen auch vorgeschlagen, den Libanon anzugreifen!

Die US-Regierung hat, ebenso wenig wie Israels Machthaber, ein Interesse an einem lebensfähigen, souveränen Palästinenserstaat. Dieser wäre eine Bedrohung für die korrupten Ölstaaten und anderer arabischer Herrscher, die mit den USA kooperieren. Und die US-Regierung bestimmt letztlich wie weit Israel gehen darf. Denn ohne die Unterstützung der USA könnte Israel die Besetzung der Palästinensergebiete nicht aufrechterhalten. Ein Minimum von ca. 5 Milliarden US-Dollar pro Jahr erhält Israel aus Washington und das seit Jahrzehnten. Seit 1967 boomt vor allem auch die Zusammenarbeit zwischen dem US-amerikanischen und dem israelischen Militärindustriekomplex. Mit 2 Milliarden Dollar unterstützt die USA z.B. derzeit die Entwicklung des israelischen Raketenabwehrsystems "Arrow". Schon Bruno Kreisky nannte Israel einen Flugzeugträger der USA.

Die geplante Annexion von weiteren 50% des Westjordanlandes hieße das Aus für einen Palästinenserstaat und damit eine Situation völliger Perspektivlosigkeit für das palästinensische Volk. Der erfolgte Gaza-Abzug von ein paar tausend illegalen Siedlern und der Armee diene nicht zuletzt zur Rechtfertigung der Annexion weiterer wertvoller Gebiete im Westjordanland. Gleichzeitig ist Gaza der Welt größtes Gefängnis und Israel der Gefängniswärter. Ja, der Abzug der Siedler aus Gaza erleichtert der Armee nun Gaza zu beherrschen. Sie überfällt immer wieder seine Insassen, tötet mehr PalästinenserInnen als je zuvor, sie zerstört dort sämtliche Strukturen für ein menschenwürdiges Leben.

Die Fortsetzung dieser israelischen Politik, sowohl im Gazastreifen wie im Westjordanland, bedeutet einen drohenden Genozid – eine Katastrophe für die Palästinenser und letztlich auch für die Israelis ebenso wie eine Gefahr für den arabischen Raum als auch eine Bedrohung für Europa, ja für den Frieden in der Welt.

Gerade weil uns der Holocaust im Bewusstsein bleibt, können wir nicht zulassen, dass die Millionen Opfer eines Volkes, des jüdischen Volkes, als Rechtfertigung für die Unterdrückung, die Opfer und das Einsperren bzw. die beabsichtigte Vertreibung eines anderen Volkes, des palästinensischen, dienen und dienen.

Wir verlangen, dass die EU sich von der US-Politik im Mittleren Osten distanziert und eine eigenständige Friedenspolitik im Interesse der Völker der Region ebenso wie in unser aller Interesse macht!

Wir verlangen, dass die österreichische Politik und die EU, der größte Handelspartner Israels, jedweden wirtschaftlichen und politischen Druck auf Israel ausüben, um die Regierung zur Einhaltung der UN-Beschlüsse, der UN Charter, sowie der 4.Genfer Konvention zu bringen!

Wir verlangen Warenboykott von israelischen Waren aus den besetzten Gebieten bzw. jegliche Sanktionen inklusive Investitionsstopp!

Wir verlangen eine Behandlung des Themas vor dem EU-Parlament!

Wir verlangen, dass die EU Israel deutlich macht, dass sie das dortige "Apartheid-Regime" weder finanziert noch sonst wie unterstützt, bis es bereit ist zum Friedensschluss mit dem palästinensischen Volk, im Interesse der Beteiligten und des Friedens auf der Welt!

Wir verlangen internationalen Schutz für die Palästinenser durch die Stationierung von UN-Truppen in Gaza und Westjordanland!

Wir unterstützen a l l e M e n s c h e n, die zur Verwirklichung dieser Forderung aktiv sind und laden zur Mitarbeit ein.

- Es wird erst Frieden geben, wenn die palästinensische Bevölkerung nicht mehr täglich schikaniert, beschossen oder bombardiert wird und ihr nicht mehr die Lebensgrundlagen zerstört werden.
- Es wird erst Frieden geben, wenn die Trennungswand abgerissen wird.
- Es wird erst Frieden geben, wenn es eine gerechte Lösung für das Flüchtlingsproblem gibt.
- Es wird erst Frieden für Israeli und Palästinenser geben, wenn die Siedlungen in den besetzten Gebieten geräumt werden.
- Es wird erst Frieden für Israeli und Palästinenser geben, wenn die Besatzung beendet wird.

Wien, September 2006